staatlichen Einrichtungen verächtlich gemacht werden und die ehrliche Trauer unserer Bevölkerung verhöhnt wird.

Dem Angeklagten als Monteur, der bereits im Ausland war, ist bekannt, daß er sich an die bestehenden Gesetze des Staates zu halten hat, wo er lebt. Es ist in der letzten Zeit mehrfach bekanntgeworden, daß gerade westdeutsche Monteure sich im Ausland wie Indien und Jugoslawien sehr schlecht aufgeführt haben, so daß sie zu ernsthaften Beanstandungen Anlaß gaben. Auch der Angeklagte hat, beeinflusst durch die westdeutsche Presse, Funk und Fernsehen, sich ein derartiges Benehmen angewöhnt. Dies geht daraus hervor, daß er gleich in den ersten Tagen seines Aufenthaltes in der DDR im Lokal in provokatorischer Art und Weise „VEB-Zigaretten, VEB-Bier ohne VEB-Hefe“ verlangte und dann die Bedienung, die sich diese Reden verbat, als „VEB-Spitzel“ bezeichnete. Obgleich mit dem Angeklagten darüber eine Auseinandersetzung geführt wurde, hat er nicht die nötigen Lehren daraus gezogen, sondern hat kurze Zeit darauf die Staatsverleumdung begangen.

Gesellschaftsgefährlich ist auch die Handlung des Angeklagten, indem er Waren aus Westberlin entgegen den gesetzlichen Bestimmungen in die DDR einfuhrte. Die Staatsorgane der DDR sind über die Warenbewegung nicht informiert, und zum anderen werden unsere Bürger durch ein derartiges Verhalten für die westlichen Verhältnisse zugänglich gemacht.

.
Unter Würdigung aller Umstände schließt sich das Gericht dem Antrag der Staatsanwaltschaft an und verurteilt den Angeklagten gem. § 20 Ziffer 1 StEG zu neun Monaten Gefängnis und gem. § 39 StEG zu zwei Monaten Gefängnis. Gem. § 74 StEG wird eine Gesamtstrafe von zehn Monaten Gefängnis gebildet.

gez. Schellenberg gez. Zimmermann gez. Schmidt